

Kosovos «gefährlichster Mann» mit Schweizer Vergangenheit

Die Nato-Geheimakte über Parlamentspräsident Xhavit Haliti, der von Zürich aus an die Macht gekommen war **Die Nato, aber auch die Schweizer Behörden wussten viel über die kriminellen Machenschaften und Verbrechen der Kosovo-Führung. Das zeigt eine Geheimdienst-Akte der Nato über Xhavit Haliti.**

sig.
Die Aussenpolitischen Kommissionen der Räte wollen sich an ihren nächsten Sitzungen mit der Kosovo-Politik der Schweiz befassen. Die zentrale Frage, die sich auch andere Staaten stellen müssen: Hat man im Namen der Stabilität auf dem Balkan (oder der eigenen Flüchtlingspolitik) über zu viel hinweggesehen?

Nach dem Bericht von Dick Marty, spätestens seit den Enthüllungen des «Guardian» am Dienstag steht fest: Von nichts gewusst hat niemand. Schon gar nicht die Behörden in der Schweiz, von wo aus die Befreiungsarmee UCK in den neunziger Jahren gesteuert und alimentiert wurde. Wie viel schon während des Kriegs bekannt war, legt auch ein Geheimdienstbericht der Nato über Xhavit Haliti nahe. Der heutige Parlamentspräsident Kosovos war 1986 nach Zürich geflüchtet.

In der 41-seitigen Akte der Nato-Truppe Kfor (der auch die Swisscoy der Schweiz angehören) aus dem Jahr 2004 wird der 54-jährige Haliti als der starke Mann hinter Premierminister Hashim Thaci beschrieben. Er wasche Geld, handle mit Waffen, Drogen und Frauen, setzte Todesschwadronen auf den Feind und auf die eigenen Leute an. Der Bericht zählt eine lange Liste von Personen auf, die Haliti habe ermorden lassen. Auch soll er mit dem serbischen Geheimdienst kollaboriert haben, um kosovoalbanische Konkurrenten zu liquidieren. Von Organhandel ist nirgends die Rede. Im Unterschied zu Dick Marty war die Kfor-Aufklärung damals weniger an den Ereignissen während des Kriegs interessiert.

Die Agenten finden es bemerkenswert, dass der ehemalige Logistik- und Geheimdienstchef der Befreiungsarmee UCK bei all diesen kriminellen Tätigkeiten nicht noch anderweitig delinquent: «Abgesehen davon, dass er in die organisierte Kriminalität verwickelt ist und an Ermordungen in ganz Kosovo beteiligt ist, liegen keine Beweise oder Haftbefehle gegen ihn vor.» Beunruhigend finden sie, dass Haliti während seines Psychologiestudiums in Zürich mit einem Unternehmen geschäftet habe, das von Jihadisten kontrolliert werde. Ausserdem habe er enge Verbindungen zur albanischen Mafia und befürworte ein Grossalbanien (der Albtraum der Nato-Strategen für den Balkan).

Der Nato-Bericht beschreibt das Verhältnis zwischen Thaci und Haliti als eine Symbiose, die beide an der Macht und am Leben erhält. Haliti sei zu mächtig, als dass Thaci in fallenlassen könne, und Haliti zu sehr in der Unterwelt verankert, als dass er ein höheres politisches Amt übernehmen könne.

Im Juli 2001 verhängte die Schweiz eine Einreisesperre gegen Haliti und andere UCK-Kader, darunter Hashim Thaci. Der Bundesrat stützte sich bei der Zusammenstellung der Sanktionsliste im Übrigen nicht nur auf eigene Informationen, sondern auf einen «geheimen Bericht der Nato in Kosovo». Das ist einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu entnehmen. Haliti, dessen Familie teilweise in der Schweiz wohnt, hatte nämlich gegen die Einreisesperre Beschwerde eingelegt und den Fall bis nach Strassburg weitergezogen. Der Gerichtshof stützte das Bundesgericht; es habe genug Beweismittel vorgelegt, die eine Zugehörigkeit Halitis zum organisierten Verbrechen nahelegten.

Offensichtlich hatten die Schweizer Behörden nach dem Kosovo-Krieg vollen Zugriff auf das Material der Nato-Dienste. Zu behaupten, man habe die Vergangenheit der kosovarischen Führungsriege nicht gekannt oder falsch eingeschätzt, wird mit jeder Nato-Akte unglaubwürdiger. Haliti sitzt aber offenbar so fest im Sattel, dass er die Anschuldigungen der Nato, des Europarats oder der Schweizer Behörden an sich abprallen lässt. In einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» warf er Dick Marty im Dezember vor, einen politisch motivierten Bericht «aus dubiosen Geheimdienstquellen» verfasst zu haben.

2008 erhielt Haliti vom Zürcher Obergericht recht. Ein Journalist der in der Schweiz verlegten Zeitung «Bota Sot», der ihn aufgrund seiner Position in der UCK für politische Morde verantwortlich gemacht hatte, musste 3000 Franken Schmerzensgeld und ca. 17 000 Franken Prozessentschädigung zahlen.